



Bundesministerium  
für Wirtschaft  
und Energie

08.  
Jul 2014

Energiewende  
**direkt**

**BUNDESREGIERUNG FÜR  
WEITGEHENDES FRACKING-VERBOT**

Schutz von Mensch und Umwelt hat absoluten Vorrang

## Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,



das Thema Fracking wird gegenwärtig intensiv diskutiert. Ich nehme die weit verbreiteten Sorgen in der Bevölkerung sehr ernst. Wie versprochen habe ich auf der Grundlage des Koalitionsvertrages gemeinsam mit Bundesumweltministerin Barbara Hendricks Eckpunkte für den weiteren Umgang mit dem Thema vorgelegt. Wir sind uns einig, dass dem Schutz von Trinkwasser und Gesundheit absoluter Vorrang beim Umgang mit dieser

Technologie eingeräumt wird. Deshalb wollen wir auch ein weitgehendes Verbot der unkonventionellen Erdgasförderung in Schiefer- und Kohleflözgestein durchsetzen – wie sie etwa in den USA praktiziert wird.

Gleichzeitig ist es ungewiss, ob nicht irgendwann unproblematische Technologien zur unkonventionellen Erdgasförderung entwickelt werden können. Um eigene nationale Erfahrungswerte zu sammeln, möchten wir deshalb sorgfältige Erprobungsmaßnahmen zum wissenschaftlichen Zweck ermöglichen. Bis dahin gilt: Beim Schutz von Mensch und Umwelt müssen wir auf Nummer sicher gehen.

Fracking ist für mich übrigens nicht primär ein energiepolitisches Thema. Gegen die Abhängigkeit von Rohstoff-Importen helfen langfristig nicht neue Fördermethoden - sondern nur die Steigerung der Energieeffizienz und der Ausbau der Erneuerbaren Energien.

Ihr  
Sigmar Gabriel

## Bundesregierung für weitgehendes Fracking-Verbot

**Schutz von Mensch und Umwelt hat absoluten Vorrang.**



Foto: © Fotolia / 55322882

Die Anwendung der Fracking-Technologie zur Gewinnung von Erdgas aus Schiefer- und Kohleflözlagerstätten (sogenanntes „unkonventionelles Fracking“), wie es beispielsweise in den USA praktiziert wird, soll in Deutschland nicht zum Einsatz kommen. Um für Bürger, Unternehmen und Behörden mehr Rechtssicherheit herzustellen, haben sich das Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) und das Bundesumweltministerium (BMUB) auf gemeinsame Eckpunkte geeinigt, die verschärfte Bestimmungen für die Anwendung des Fracking-Verfahrens in Deutschland beinhalten. Im Herbst dieses Jahres soll ein entsprechendes Gesetz im Bundestag verabschiedet werden.

Die Bundesregierung hat sich im Koalitionsvertrag klar zum Einsatz von Fracking positioniert: Der Schutz von Trinkwasser und Gesundheit hat absoluten Vorrang. Deshalb lehnen das BMWi und das BMUB auch den Einsatz von Substanzen ab, die für Mensch und Umwelt bei der Anwendung der Fracking-Technologie gefährlich sein können.

### Zwei Anwendungsbereiche von Fracking

Beim Fracking-Verfahren wird ein Gemisch aus Wasser, Sand und Chemikalien in mehrere tausend Meter tiefe Gesteinsschichten gepresst. Durch den hohen hydraulischen Druck brechen die Gesteinsschichten auf und setzen Erdgas frei. Bei der Fracking-Technologie kann in Deutschland zwischen bereits langjährig erprobten Anwendungen („konventionelles Fracking“) und neuen Anwendungen („unkonventionelles Fracking“) unterschieden werden. Sie können unter anderem durch die Gesteinsart voneinander abgegrenzt werden: „Konventionelles Fracking“ erfolgt in Sandstein (meist auch in größerer Tiefe), „unkonventionelles“

in Schiefer- und Kohleflözgestein. Im Gegensatz zu den bisher in Deutschland genutzten Sandsteinlagerstätten liegen für die Gewinnung von Erdgas aus Schiefer- und Kohleflözlagerstätten hierzulande noch keine Erfahrungen und Kenntnisse vor.

Das konventionelle Fracking bei der Erdgasförderung aus Sandstein wird in Deutschland bereits seit vielen Jahren angewendet. Die Bestimmungen hierfür regelt das geltende Berg- und Wasserrecht. Die meisten dieser Lagerstätten befinden sich in Niedersachsen. Die Genehmigung von Fracking-Vorhaben ist eigenständige Angelegenheit der Bundesländer.

### **Fracking-Verbot in Schiefer- und Kohleflözgestein**

Die aktuelle Gesetzesinitiative zielt darauf ab, die bestehenden Regelungen im Berg- und Wasserrecht zu verschärfen: Konkret betrifft das die Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung bergbaulicher Vorhaben sowie das Wasserhaushaltsgesetz.

Das BMWi und das BMUB setzen sich dafür ein, dass unkonventionelles Fracking in Schiefer- und Kohleflözgestein oberhalb von 3.000 Metern durch das Wasserhaushaltsgesetz verboten wird. Um Erfahrungswerte über die Auswirkungen auf Umwelt und Untergrund zu sammeln, werden allerdings wissenschaftlich begleitete Erprobungsmaßnahmen möglich sein – dies unter der Voraussetzung, dass die verwendete Frackingflüssigkeit nicht das Grundwasser gefährdet. Ob die Verbotsregelung angemessen ist, wird dann im Jahr 2021 auf Grundlage der gewonnenen wissenschaftlichen Erkenntnisse überprüft.

### **Fracking in Sandgestein: Bestehende Regelungen werden weiter verschärft**

Die Anwendung der konventionellen Gasförderung soll weiterhin erlaubt sein. Mit Blick auf den Schutz von Mensch und Natur gelten hierfür bereits strenge Vorschriften. So darf Fracking in der Umgebung von öffentlichen Wasserentnahmestellen und Produktionsstandorten von Lebensmitteln wie Mineralwasser und Bier nur dann angewendet werden, wenn eine Schädigung des Grundwassers ausgeschlossen werden kann. Außerdem sind die verantwortlichen Unternehmen dazu verpflichtet, die verwendeten Substanzen offenzulegen.

Diese Regelungen wollen das BMWi und das BMUB nun verschärfen und ergänzen. In Wasserschutzgebieten, Heilschutzquellen, Einzugsgebieten von Talsperren und Seen, die unmittelbar zur Trinkwassergewinnung dienen, wird Fracking jeglicher Art untersagt. Gleiches gilt für Naturschutzgebiete. Zudem kann das Verbot auf Trinkwasserschutzgebiete ausgeweitet werden.

Und so geht es weiter: In den kommenden Wochen werden sich die zuständigen Ressorts abstimmen, außerdem werden die Bundesländer und Verbände angehört. Der Kabinettsbeschluss soll nach der Sommerpause erfolgen und damit den Weg für den parlamentarischen Gesetzgebungsprozess bis zum Herbst dieses Jahres ebnen.

---

## MEHR INFORMATIONEN

Hier finden Sie die Eckpunkte zu der geplanten Regelung von Fracking, auf die sich das BMWi und das BMUB geeinigt haben:

<http://www.bmub.bund.de/themen/wasser-abfall-boden/binnengewasser/fracking-regelung/>

Sie möchten mehr zum Thema Fracking erfahren? Häufig gestellte Fragen und die Antworten dazu finden Sie hier:

<http://www.bmwi.de/DE/Themen/Industrie/Rohstoffe-und-Ressourcen/gewinnung-heimischer-rohstoffe,did=641262.html>

Zur BMWi-Themenseite Gewinnung heimischer Rohstoffe/Bergrecht:

<http://www.bmwi.de/DE/Themen/Industrie/Rohstoffe-und-Ressourcen/gewinnung-heimischer-rohstoffe,did=591736.html>

Erfahren Sie hier, welche Rolle Erdgas in der Energieversorgung der Bundesrepublik einnimmt:

<http://bmwi.de/DE/Themen/Energie/Konventionelle-Energietraeger/gas.html>

Weitere Informationen zum Thema Erdgas gibt die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe:

[http://www.bgr.bund.de/DE/Themen/Energie/Projekte/laufend/NIKO/FAQ/faq\\_inhalt.html](http://www.bgr.bund.de/DE/Themen/Energie/Projekte/laufend/NIKO/FAQ/faq_inhalt.html)

**kontrovers****„Machen uns erneuerbare Energien unabhängiger von Importen fossiler Energieträger?“**

Zu dieser Frage äußern sich Dr. George Milojcic, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Braunkohle Industrie Vereins (DEBRIV), und Hermann Albers, Präsident des Bundesverbands WindEnergie.

**PRO: Hermann Albers, Präsident des Bundesverbands WindEnergie**



Noch werden 71 Prozent unseres Energiebedarfs durch Importe abgedeckt. 2013 mussten 98 Prozent des Erdöls, 90 Prozent des Erdgases, 87 Prozent der Steinkohle und 100 Prozent des Urans importiert werden. Das macht uns abhängig von steigenden Weltmarktpreisen, Krisen und Konflikten. Die Zukunftsinvestitionen in erneuerbare Energien stärken dagegen die Wirtschaftskraft vor Ort. Sie fließen nicht ins Ausland ab. Zudem profitieren Handwerk und Mittelstand in der Region, weil sie die Anlagen bauen, warten und betreiben.

Der kontinuierliche Ausbau der Erneuerbaren befreit unser Land aus einer ungunstigen Abhängigkeit. Insgesamt

sparten die Erneuerbaren 2012 schon 10 Milliarden Euro an Energieimporten. Dieser Wert steigt. Denn während 2012 23,6 Prozent des Brutto-Inlandsstromverbrauchs durch Erneuerbare-Energien-Anlagen abgedeckt werden konnten, stieg deren Beitrag im ersten Quartal 2014 auf rund 27 Prozent. Wind an Land ist hier der wichtige Leistungsträger, auch weil moderne Windkraftanlagen inzwischen einen wesentlichen Beitrag zur Netzstabilität und Frequenzsicherung leisten.

Der stabile Zubau von Kapazitäten im Bereich der erneuerbaren Energien senkt gleichzeitig den Strompreis für die Industrie. Weil viele Industrieunternehmen mindestens einen Teil ihrer benötigten Strommengen an der Börse kaufen, profitieren sie von den dort sinkenden Preisen. Mittlerweile liegt der Industriestrompreis in Deutschland niedriger als in den meisten europäischen Nachbarstaaten. Hinzu kommt eine leistungsfähige Infrastruktur. Bei einem steigenden Anteil der Erneuerbaren liegen wir hinsichtlich der Versorgungsqualität weltweit an der Spitze. Während in den USA 240 Minuten im Jahr der Strom ausfällt, sind es bei uns nicht einmal 15 Minuten.

Deutschland tut gut daran, den Ausbau der Erneuerbaren mutig fortzusetzen. Schon mittelfristig nutzt dies unserer Volkswirtschaft. Die Energiewende wird mehr und mehr zum Innovationstreiber, stärkt die Wettbewerbsfähigkeit und spart teure Energieimporte. Statt zu zögern, sollte die Politik sich deshalb den Herausforderungen stellen: Der brachliegende CO<sub>2</sub>-Zertifikatehandel ist wiederzubeleben, ein fairer Strommarkt muss Impulse für Speichertechnologien geben und sicher brauchen wir auch einen gut geplanten und langfristig abgesicherten Ausstieg aus der Kohleverstromung.

**CONTRA: Dr. George Milojcic, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Braunkohlen Industrie Vereins**

Wer die Geschichte der Stromversorgung analysiert, erkennt Zäsuren, die zu Neuorientierungen geführt haben. Beispielsweise die Ölkrise in den 70er Jahren. Damals wurde entschieden, im Stromsektor auf Kohle und Kernenergie zu setzen, um diesen lebenswichtigen Bereich von den Risiken der Öl- und Gasversorgung unabhängig zu gestalten. Entsprechend bildeten die Kohlenstromerzeugung mit Anteilen zwischen 40 und 55 Prozent sowie die Kernenergie mit Anteilen zwischen 23 und 31 Prozent bis 2010 die verlässlichen Säulen einer sicheren und wettbewerbsfähigen Stromversorgung in Deutschland.

Unter dem Eindruck der Reaktorkatastrophe in Fukushima hat Deutschland im Jahr 2010 entschieden, die Nutzung der Kernkraft schnell zu beenden. Der Ausstieg ist bisher erst zu zwei Fünftel erfolgt. Bis 2022 müssen noch rund 100 Terrawattstunden (TWh) oder etwa 15 Prozent des Stromverbrauchs ersetzt werden, die heute aus Kernkraftwerken stammen.

Es gibt große Erfolge beim Ausbau der erneuerbaren Energien, aber die Kosten sind stark gestiegen. Die Integration volatiler erneuerbarer Erzeugung in das Stromsystem erweist sich als schwierig und bekanntlich ist auch der Netzausbau umstritten und teuer. Die Erwartungen in die erneuerbaren Energien sind sehr hoch. Ihnen wird die Kraft zugeschrieben, alle Energieprobleme alsbald lösen zu können. Die bisher gesammelten Erfahrungen sprechen dafür, den Prozess stärker zu strukturieren. Die von der Bundesregierung festgelegten Ausbauziele berücksichtigen das. Für die Braunkohle bedeutet das ein Mehr an Planungssicherheit. Ein Beleg hierfür ist die Aussage im Koalitionsvertrag: „Die konventionellen Kraftwerke (Braunkohle, Steinkohle, Gas) als Teil des nationalen Energiemixes sind auf absehbare Zeit unverzichtbar.“

Man könnte den Ausstieg aus der Kernenergie als kleine Energiewende bezeichnen. Das ist schon eine Mammutaufgabe. Im Jahr 2022 wird ein mit heute vergleichbares großes Marktpotenzial für konventionelle Kraftwerke bestehen. Bis dahin werden die erneuerbaren Energien uns nicht unabhängiger von Importen fossiler Energieträger machen. Braunkohle ist ohnehin eine heimische Energiequelle mit einem Anteil von rund 26 Prozent an der inländischen Stromerzeugung.

Fotos: © BWE / Silke Reents; DEBRIV

## Fraunhofer-Institut: Erneuerbare im ersten Halbjahr wichtigste Quelle im deutschen Strommix

Die erneuerbaren Energiequellen Wind, Sonne, Wasser und Biomasse hatten im ersten Halbjahr 2014 zusammen einen Anteil von 31 Prozent an der deutschen Stromerzeugung – mehr als jeder andere Energieträger. Das zeigen aktuelle Daten des Fraunhofer-Instituts für Solare Energiesysteme.



Foto: © Fotolia / 31933243

Der hohe Anteil der erneuerbaren Energien ist laut der Auswertung des Fraunhofer-Instituts vor allem auf steigende Erträge aus Sonnen- und Windenergie zurückzuführen: Die solare Stromproduktion verzeichnete demnach im Vergleich zum ersten Halbjahr 2013 ein Plus von 28 Prozent, die Windkraft legte um 19 Prozent zu. Insgesamt trugen Wind, Sonne, Wasser und Biomasse in den ersten sechs Monaten des Jahres somit 31 Prozent bzw. rund 81 Terawattstunden (TWh) zur Stromproduktion in Deutschland bei. Den größten Anteil am Strom aus erneuerbaren Energien hatte in diesem Zeitraum die Windenergie (26,7 TWh), vor Biomasse (25,6 TWh) und der Solarenergie (26,7 TWh), wie die Zahlen des Fraunhofer-Instituts für Solare Energiesysteme (ISE) zeigen.

Während vor allem die Menge des Stroms aus Sonne und Wind gestiegen ist, ging die Stromproduktion aus Kernkraftwerken, Braun- und Steinkohle- sowie Gaskraftwerken zum Teil deutlich zurück. Wie die Auswertung des ISE zeigt, stammten im ersten Halbjahr 2014 fast 70 Terawattstunden Strom aus Braunkohle (-4,2% im Vergleich zum Vorjahreszeitraum), rund 51 Terawattstunden aus Steinkohle (-10,7%). Kernkraftwerke produzierten 45 Terawattstunden elektrische Energie (-1,8%), Gaskraftwerke 16,6 Terawattstunden (-25,5%).

Den Angaben des Fraunhofer-Instituts liegen Daten der Energiebörse EEX und des Statistischen Bundesamts zugrunde. Sie basieren – anders als viele andere Statistiken zu dem Thema – auf der Netto-

Stromerzeugung.

### **MEHR INFORMATIONEN**

Ein neues Onlineportal des Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme (ISE) macht die Entwicklung der Stromproduktion und des Strompreises in Deutschland anhand wochenaktueller Daten transparent:

[https://www.energy-charts.de/index\\_de.htm](https://www.energy-charts.de/index_de.htm)

Hier finden Sie die Daten des Fraunhofer-Instituts für Solare Energiesysteme ISE zur Stromerzeugung aus Solar- und Windenergie im Jahr 2014:

<http://www.ise.fraunhofer.de/de/downloads/pdf-files/data-nivc-/stromproduktion-aus-solar-und-windenergie-2014.pdf>



## Bundeswirtschaftsminister Gabriel eröffnet KlimaExpo.NRW

Als „Schaufenster für den Klimaschutz“ ist in der vergangenen Woche die Initiative KlimaExpo.NRW gestartet. Eröffnet wurde sie von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel zusammen mit der Ministerpräsidentin von Nordrhein-Westfalen, Hannelore Kraft.



Foto: © KlimaExpo NRW

Im Rahmen der KlimaExpo.NRW werden in den kommenden acht Jahren insgesamt 1.000 Klimaschutz-Projekte, Initiativen und Veranstaltungen landesweit vorgestellt. Im Sinne von „Best Practice“ sollen sie Impulse für die technologische, ökonomische und gesellschaftliche Fortentwicklung des Klimaschutzes setzen.

In seiner Eröffnungsrede betonte Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel: „Deutschland kann heute international beweisen, dass eine erfolgreiche Industrie auch in Zukunft erfolgreich bleibt, gerade weil wir ernsthafte Anstrengungen zum Klimaschutz unternehmen.“ Sein Leitbild sei „eine moderne Industriepolitik, die ein ökonomisch, ökologisch und sozial nachhaltiges Wirtschaftswachstum fördert.“

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) unterstützt beispielsweise mit den Exportinitiativen „Erneuerbare Energien“ und „Energieeffizienz“ Unternehmen, insbesondere kleine und mittelständische, beim Export und bei der Erschließung von Auslandsmärkten. Es wirbt damit international für deutsches Know-how in zwei Wirtschafts- und Technologiefeldern, die für den Klimaschutz besonders relevant sind.

## MEHR INFORMATIONEN

Erfahren Sie mehr über die Klima.Expo NRW:

<http://www.klimaexpo-nrw.de/>

Hier geht es zur Startseite der Exportinitiative „Erneuerbare Energien“:

<http://www.export-erneuerbare.de/>

Hier gelangen Sie zur Exportinitiative „Energieeffizienz“

<http://www.encyfrom-germany.info/>

---

## Änderung der Gebührenverordnung zur Besonderen Ausgleichsregelung

**Mit dem EEG wurde auch die Besondere Ausgleichsregelung überarbeitet. Im Zusammenhang mit dem entstehenden Verwaltungsaufwand muss nun die Gebührenverordnung an die Neuerungen angepasst werden.**



Nach der Besonderen Ausgleichsregelung zahlen stromintensive Unternehmen und Schienenbahnen eine reduzierte EEG-Umlage. Dabei ist die Ausnahmeregelung auf Unternehmen und Branchen beschränkt, die im internationalen Wettbewerb stehen, in dem der Strompreis ein wichtiger Erfolgsfaktor ist. So soll ihre Belastung durch die EEG-Umlage in einem Maß gehalten werden, das mit ihrer

Wettbewerbssituation vereinbar ist.

Am 3. Juli hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie die Anhörung der Länder und der Verbände zur Änderung der Gebührenverordnung zur Besonderen Ausgleichsregelung eingeleitet. Grundlage ist der Referentenentwurf der „Ersten Verordnung zur Änderung der Besondere-Ausgleichsregelung-Gebührenverordnung“. Ziel der Änderung ist es, dass die begünstigten stromintensiven Unternehmen und Schienenbahnen weiterhin selbst den Aufwand finanzieren, der durch die Ausnahmeregelungen bei der EEG-Umlage entsteht. Daher werden die Gebührensätze angehoben und angepasst: Die Unternehmen, die nach dem EEG 2014 am stärksten von der Besonderen Ausgleichsregelung profitieren, sollen auch künftig den größten Kostenanteil tragen.

## Verwaltungsaufwand steigt

Mit der Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes wurde die Besondere Ausgleichsregelung umfassend überarbeitet und an die Umwelt- und Energiebeihilfeleitlinien der Europäischen Kommission angepasst. Mit den Änderungen steigt der Verwaltungsaufwand beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) und dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie als Fachaufsichtsbehörde deutlich an. Denn die neuen, von den Umwelt- und Energiebeihilfeleitlinien vorgegebenen Kriterien für die Besondere Ausgleichsregelung verlangen eine detailliertere Prüfung durch das BAFA, als das bisher der Fall war – insbesondere, wenn es um die Zuordnung der Unternehmen zu bestimmten strom- und handelsintensiven Branchen sowie um deren Bruttowertschöpfung geht. Statt bislang rund sieben Millionen Euro beträgt der Verwaltungsaufwand künftig jährlich 12,75 Millionen Euro. Die Kosten dafür tragen nicht die Steuerzahler, sondern die Antragsteller.

Auch in Zukunft werden diejenigen Antragsteller den größten Kostenanteil tragen, die am meisten von der Besonderen Ausgleichsregelung profitieren. Im Vergleich zur geltenden Gebührenverordnung werden die Gebührensätze jedoch differenzierter ausgestaltet. So wird berücksichtigt, dass der Verwaltungsaufwand für die Begünstigung der stromintensiven Industrie stärker angestiegen ist, als im Bereich der Schienenbahnen.

Die Länder sowie die kommunalen Spitzenverbände und Zentral-, bzw. Gesamtverbände haben jetzt die Möglichkeit, bis zum 14. Juli 2014 zu dem Verordnungsentwurf Stellung zu nehmen. Die Änderung soll Anfang August in Kraft treten und damit schon im diesjährigen Antragsverfahren gelten.

*Foto: © istockphoto.com / GlenJ*

## MEHR INFORMATIONEN

Hier finden Sie den Referentenentwurf der „Ersten Verordnung zur Änderung der Besondere-Ausgleichsregelung-Gebührenverordnung“:

<http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/E/erste-verordnung-zur-aenderung-der-besondere-ausgleichsregelung-gebuehrenverordnung,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf>

Mehr über das Antragsverfahren zur Besonderen Ausgleichsregelung erfahren Sie beim BAFA:

[http://www.bafa.de/bafa/de/energie/besondere\\_ausgleichsregelung\\_eeg/index.html](http://www.bafa.de/bafa/de/energie/besondere_ausgleichsregelung_eeg/index.html)

Die aktualisierten Fragen und Antworten (FAQ) zum neuen EEG informieren auch über die Überarbeitung der Besonderen Ausgleichsregelung:

<http://www.bmwi.de/DE/Themen/Energie/Erneuerbare-Energien/eeg-reform,did=617412.html>

## BDEW: Durchschnittlicher Haushalt zahlt 18 Euro EEG-Umlage monatlich

Laut aktueller Strompreisanalyse des BDEW zahlt ein durchschnittlicher Dreipersonenhaushalt gegenwärtig monatlich 85 Euro für Strom. 45 Euro davon machen Steuern und Abgaben aus, 18 Euro allein die EEG-Umlage.



Foto: © Fotolia / M. Schuppich

Bei den Steuern und Abgaben schlägt der Analyse zufolge vor allem die Erhöhung der Umlage nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz zu Buche: Statt 15 Euro (2013) zahle der Durchschnittshaushalt nun 18 Euro EEG-Umlage im Monat. Diese Steigerung beruht im Übrigen auf dem „alten“ EEG. Die Neufassung, über die in den letzten Monaten intensiv diskutiert wurde, soll erst zum 1. August 2014 in Kraft treten.

Insgesamt sei der Strompreis im Jahresvergleich für Haushaltskunden jedoch kaum – im Durchschnitt um ein Prozent – gestiegen, so die BDEW-Analyse. Denn die Unternehmen der Energiewirtschaft konnten Kosten für Erzeugung, Transport und Vertrieb im Vergleich zum Vorjahr sogar leicht senken (von rd. 42 Euro auf 40,50 Euro).

Die Energiewende bezahlbar zu gestalten, ist ein wichtiges Ziel der EEG-Reform der Bundesregierung. Vor allem soll die Kostendynamik bei der EEG-Umlage in den vergangenen Jahren durchbrochen werden.

Hildegard Müller, Hauptvorsitzende der Geschäftsführung des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW): „Der Ausbau der Erneuerbaren Energien darf nicht ohne Rücksicht auf die Kostenentwicklung vorangehen. Mit der Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) hat die Bundesregierung eine gute Basis geschaffen, um die Erneuerbaren schrittweise in den Markt zu führen.“ Die verpflichtende Direktvermarktung und die geplante Ermittlung der Förderhöhe im Wettbewerb seien die Grundlage für einen systemverträglichen Ausbau der Erneuerbaren Energien, sagte Müller.

Grundlage der Strompreisanalyse des BDEW sind Veränderungen im Grundversorgungstarif und bei den gängigen Tarifprodukten für Haushaltskunden. Um die Stromkosten eines Drei-Personen-Durchschnittshaushalts zu berechnen, wurde ein Jahresverbrauch von 3.500 Kilowattstunden zugrunde gelegt.

#### **MEHR INFORMATIONEN**

Die aktuelle Strompreisanalyse des BDEW finden Sie hier:

[http://bdew.de/internet.nsf/id/20140702-pi-steuern-und-abgaben-am-strompreis-steigen-weiter-de/\\$file/140702%20BDEW%20Strompreisanalyse%202014%20Chartsatz.pdf](http://bdew.de/internet.nsf/id/20140702-pi-steuern-und-abgaben-am-strompreis-steigen-weiter-de/$file/140702%20BDEW%20Strompreisanalyse%202014%20Chartsatz.pdf)

Hier erfahren Sie mehr über die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG):

<http://www.bmwi.de/DE/Themen/Energie/Erneuerbare-Energien/eeg-reform.html>

## Hoher Energieverbrauch des Gebäudesektors

Fast 40 Prozent beträgt der Anteil des Gebäudesektors am Energieverbrauch in Deutschland. Damit birgt dieser Bereich großes Potenzial für Energieeinsparungen.



Grafik: © BMWi

Fast 40 Prozent des Energieverbrauchs in Deutschland gehen auf das Konto des Gebäudesektors. In Privathaushalten benötigen allein Heizung und Warmwasseraufbereitung 85 Prozent der Energie – hier liegen deshalb auch große Einsparpotenziale. Die Bundesregierung strebt an, dass der Gebäudebestand bis zum Jahr 2050 nahezu klimaneutral wird. Dafür muss der Bedarf an Primärenergie um 80 Prozent gesenkt werden.

Um die Potenziale des Gebäudesektors bei der Energiewende zu nutzen und die Herausforderungen dabei gemeinsam zu meistern, hat der Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Sigmar Gabriel, die „Energiewende-Plattform Gebäude“ ins Leben gerufen. Dort sind alle wichtigen Akteure vertreten: Immobilienwirtschaft, Gewerbe und Industrie, die Verbraucherseite und die öffentliche Hand. In der vergangenen Woche fand die Auftaktsitzung statt. Die ganzheitliche Gebäudestrategie soll dazu beitragen, die ambitionierten Energieeinsparziele in Deutschland erfolgreich und sozial verträglich zu erreichen. Die „Energiewende-Plattform Gebäude“ zielt dabei nicht nur auf das einzelne Gebäude, sondern auch auf die Einbeziehung ganzer Quartiere ab, ob gewerblich oder zum Wohnen genutzt. Das Bundeswirtschaftsministerium richtet dabei ein besonderes Augenmerk auf die Finanzierung der Maßnahmen. Der Gebäudebestand in Deutschland umfasst rund 18 Millionen Wohngebäude und 1,5 Millionen sogenannte Nichtwohngebäude, zum Beispiel Büros, Geschäfte und Verwaltungsgebäude.

### MEHR INFORMATIONEN

Zur Pressemitteilung des BMWi:

<http://www.bmwi.de/DE/Presse/pressemitteilungen,did=645082.html>

## Ein Strommarkt für die Energiewende: Weißbuch für 2015 geplant

Die Versorgungssicherheit muss auch bei einem wachsenden Anteil von Wind- und Sonnenstrom zuverlässig, umweltverträglich und kosteneffizient bleiben. Die derzeit noch offenen konzeptionellen Fragen sollen in einem transparenten Prozess mit allen Beteiligten diskutiert werden.



Foto: © Fotolia / Iorhelm

Wie soll der Strommarkt künftig aussehen, damit die Versorgungssicherheit auch bei wachsenden Anteilen von Wind- und Sonnenstrom zuverlässig, umweltverträglich und kosteneffizient ist?

Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel hat vergangene Woche erste Vorschläge zur Lösung dieser Frage angekündigt. 2015 solle ein so genanntes „Weißbuch“ zum Strommarktdesign konkrete Lösungsvorschläge liefern. Darin werden mögliche gesetzgeberische Maßnahmen beschrieben. Gabriel setzt darauf, noch 2016 einen gesetzlichen Rahmen für ein Strommarktdesign zu schaffen. Auch grenzüberschreitende Lösungen zum Beispiel mit den Niederlanden, Österreich und Italien seien möglich, da sich bei einem größeren Absatzmarkt Kraftwerke eher rechnen, so der Bundeswirtschaftsminister.

Künftig werden die erneuerbaren Energien das System der Stromversorgung dominieren. Die steigenden Anteile erneuerbarer Erzeugung, die allerdings je nach Wetterlage starke Schwankungen aufweist, stellen den Strommarkt und seine Akteure vor Herausforderungen. Der Strommarkt muss für diesen Wandel - die Energiewende und den wachsenden Anteil erneuerbarer Energien – fit gemacht werden.

Welche Stellschrauben dafür die richtigen sind, ist eine komplexe Frage – zu der es derzeit verschiedene Antworten und Meinungen gibt. Aus diesem Grund hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie bereits im vergangenen Jahr Studien in Auftrag gegeben, die verschiedene Varianten für den Strommarkt wissenschaftlich untersuchen. Sie nehmen außer dem aktuellen Marktdesign und einem Reservemodell drei verschiedene sogenannte Kapazitätsmodelle unter die Lupe. Zudem enthalten die Studien Vorschläge, wie

Erzeuger und Verbraucher flexibler zusammenwirken können, wenn der Ertrag aus Wind- und Sonnenstrom schwankt.

Als erster Teil dieser Studien ist in der vergangenen Woche das Gutachten „Optimierung des Strommarktdesigns“ erschienen. Wenn Stromerzeugung und -verbrauch flexibler gestaltet werden, verbessert sich die Versorgungssicherheit und die Integration von Wind- und Sonnenenergie wird erleichtert, so die Gutachter von Connect Energy Economics. Die Kosten der Stromversorgung sinken, wenn im Wettbewerb die günstigsten Optionen zur Flexibilisierung genutzt werden. Wettbewerbsverzerrende Hemmnisse abzubauen, sei daher eine zentrale Aufgabe bei der Weiterentwicklung des Strommarktdesigns.

### **Wie geht es weiter?**

Noch vor der parlamentarischen Sommerpause Mitte Juli sollen weitere Studienergebnisse veröffentlicht werden. Die neue „Plattform Strommarkt“, die das bisherige „Kraftwerksforum“ des BMWi und die „Plattform Erneuerbare Energien“ des Bundesumweltministeriums zusammenführt, bietet für den anschließenden Dialog und Erfahrungsaustausch ein breites Forum.

Im Herbst 2014 wird das BMWi ein „Grünbuch“ zum Strommarktdesign veröffentlichen, in dem der aktuelle Diskussionsstand zusammengefasst wird. Es soll die Grundlage für die anschließenden Beratungen mit Verbänden, Bundesländern und Wissenschaft bilden. Das Ergebnis soll 2015 ein Weißbuch sein, das konkrete Lösungen aufzeigt und den Gesetzgebungsprozess vorbereitet.

### **MEHR INFORMATIONEN**

Auf der Themenseite des BMWi erfahren Sie mehr über Stromversorgungssicherheit und Kraftwerke:

<http://www.bmwi.de/DE/Themen/Energie/stromversorgungssicherheit-und-kraftwerke.html>

Hier finden Sie den ersten Teil der Studien zum Strommarktdesign: „Leitstudie Strommarkt – Arbeitspaket Optimierung des Strommarktdesigns“:

<http://www.bmwi.de/DE/Mediathek/publikationen,did=643918.html>



## Bundesumweltministerin gibt Startschuss für „Kompetenzzentrum Naturschutz und Energiewende“

Ob beim Ausbau der erneuerbaren Energien oder bei dem der Netze – die Bundesregierung setzt sich dafür ein, die Energiewende naturverträglich umzusetzen. Das neu gegründete "Kompetenzzentrum Naturschutz und Energiewende" soll dabei helfen, mögliche Konflikte zwischen Naturschutz und Energiewende besser zu lösen.



Bundesumweltministerin Barbara Hendricks hat in der vergangenen Woche den Startschuss für das „Kompetenzzentrum Naturschutz und Energiewende“ gegeben. "Wir wollen Naturschutz und Energiewende besser in Einklang bringen. Für den Ausbau der erneuerbaren Energien brauchen wir Lösungen, die den Naturschutz frühzeitig mitdenken und damit mögliche Probleme von vornherein vermeiden helfen. Dazu

wollen wir mit dem Kompetenzzentrum Naturschutz und Energiewende beitragen."

Bis Mitte 2015 soll ein vom Bundesumweltministerium finanziertes Aufbauteam Vorschläge für die Ausgestaltung und Ausstattung des Kompetenzzentrums erarbeiten. Träger dieses Aufbauteams ist der Deutsche Naturschutzring (DNR), der Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände.

Das Kompetenzzentrum soll durch Vermittlung von Fachwissen dazu beizutragen, Vorhaben der Energiewende naturverträglicher auszugestalten. Um eine möglichst breite Akzeptanz für seine Arbeit zu erlangen, bindet das Kompetenzzentrum die zentralen Akteure in den Bereichen Energiewende und Naturschutz in seine Arbeit ein. Dazu gehören beispielsweise Erzeuger erneuerbarer Energien, Länder, Kommunen, Bürgerinitiativen und Naturschützer.

Die Einrichtung des Kompetenzzentrums hatten die Regierungsparteien im Koalitionsvertrag vereinbart.

### MEHR INFORMATIONEN

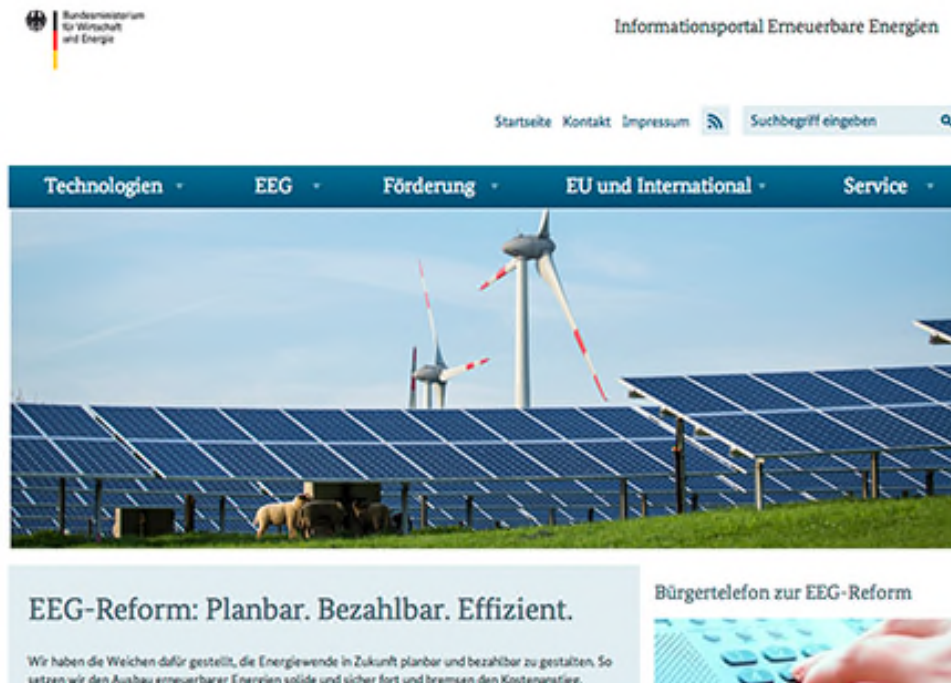
Zur Pressemitteilung des BMUB:

<http://www.bmub.bund.de/presse/pressemitteilungen/pm/artikel/aufbauteam-fuer-das-kompetenzzentrum-naturschutz-und-energiewende-nimmt-arbeit-auf/>

Foto: © Colourbox / 1245003 - 620

## Überarbeitetes Onlineangebot zu erneuerbaren Energien

Alles zum Thema erneuerbare Energien finden Nutzerinnen und Nutzer auf dem überarbeiteten Onlineportal [www.erneuerbare-energien.de](http://www.erneuerbare-energien.de) des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie.



Screenshot: © BMWi

Das vollständig überarbeitete und neu designte „Informationsportal Erneuerbare Energien“ beantwortet Fragen zu regenerativen Energieträgern und umweltfreundlichen Technologien. Themenseiten zur Solarenergie, Windenergie, Wasserkraft, Bioenergie und Geothermie vermitteln aktuelle Informationen und gebündeltes Hintergrundwissen – zum Beispiel durch kommentierte Linklisten oder Hinweise auf Gesetze und Verordnungen. Zudem bietet das Online-Portal eine Übersicht über die Regelungen des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes: Erklärt werden etwa die Änderungen der EEG-Reform 2014 und die Besondere Ausgleichsregelung für energieintensive Unternehmen. Auch Informationen zur Investitionsförderung, zur Forschungsförderung und zum Erneuerbare-Wärme-Gesetz stehen zum Abruf bereit. Ein umfangreicher Servicebereich mit Videos, Datensammlungen und Dokumenten wie Studien rundet das Angebot ab.

Das Informationsportal wurde nach dem Neuzuschnitt der Ressortzuständigkeiten durch das Bundeswirtschaftsministerium vom Bundesumweltministerium übernommen und neu gestaltet. Nutzerinnen und Nutzer finden den Onlineauftritt unter [www.erneuerbare-energien.de](http://www.erneuerbare-energien.de).

## Zitat der Woche



„Fördersysteme für erneuerbare Energien sind weiter nationale Angelegenheit. Die Bürgerinnen und Bürger können damit auch künftig bestimmen, wie schnell erneuerbare Energien in ihrem Land ausgebaut werden. Der vermeintlich freie Warenverkehr stößt hier noch an Grenzen, weil der Ausbau der Erneuerbaren nicht nur über den Preis definiert werden kann,

sondern auch von der Gesellschaft getragen werden muss.“

*Dr. Peter Ahmels, Leiter Energie und Klimaschutz bei der Deutschen Umwelthilfe (DUH), zum EuGH-Urteil, das die Rechtmäßigkeit nationaler Fördersysteme bestätigt hat.*

*Foto: © DUH / Robert Lehmann*

## Pressestimmen

Die Energiewende ist ein wichtiges Thema in den Medien. In unserer Rubrik „Pressestimmen“ haben wir für Sie einige interessante Artikel ausgewählt.



Foto: © Knipserin / fotolia.com

### **dw.de, 05.07.14: Erneuerbares Gas – die Energieform der Zukunft?**

Beim Power-to-Gas-Verfahren entsteht aus Kohlendioxid, Wasser und Strom synthetisches Methangas. Das könnte eine „zu 100 Prozent nachhaltige Stromversorgung möglich machen“ und das Speicherproblem lösen, heißt es in einem Beitrag der Deutschen Welle.

<http://www.dw.de/erneuerbares-gas-die-energieform-der-zukunft/a-17755631>

### **Süddeutsche Zeitung, 04.07.14: Gutes Fracking, böses Fracking**

Michael Bauchmüller plädiert in seinem Kommentar für eine saubere Unterscheidung von konventionellem und unkonventionellem Fracking und stellt die energiewirtschaftliche Bedeutung dieser Technologie infrage.

<http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/energiepolitik-gutes-fracking-boeses-fracking-1.2029400>

### **Die Welt, 03.07.14: Können ehemalige Zechen die Energiewende retten?**

Stromspeicher werden derzeit händeringend gesucht, aber die Kritik an Neubauprojekten von Pumpspeicherkraftwerken ist groß. In stillgelegten Zechen könnten nun unterirdische Pumpspeicherkraftwerke entstehen. Erste Überlegungen dazu gibt es in Nordrhein-Westfalen.

<http://www.welt.de/regionales/duesseldorf/article129734847/Koennen-ehemalige-Zechen-die-Energiewende-retten.html>

### **Manager Magazin 02.07.14: Erneuerbare lösen Braunkohle als wichtigste Energiequelle ab**

Die erneuerbaren Energien haben sich im ersten Halbjahr 2014 erstmals zur wichtigsten Quelle im Strommix entwickelt und haben damit die Braunkohle verdrängt. Fachleute gehen dennoch davon aus, dass die Ökostrom-Umlage nicht weiter steigen wird.

<http://www.manager-magazin.de/unternehmen/energie/erneuerbare-energien-loesen-braunkohle-als-wichtigste-stromquelle-ab-a-978861.html>

#### **Die Zeit, 01.07.14: Warum uns die Energiewende so schwer fällt**

Die Energiewende erfordert nicht nur technische Neuerungen, sondern auch neue gesellschaftliche Regeln, so Armin Grundwald, Professor für Technikphilosophie am Karlsruher Institut für Technikphilosophie in einem Gastbeitrag für Die Zeit.

<http://www.zeit.de/wirtschaft/2014-06/energiewende-schwierigkeiten-transformation>

## **Impressum**

### **Herausgeber**

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie  
Referat Öffentlichkeitsarbeit  
Scharnhorststr. 34-37  
10115 Berlin

Postanschrift: 11019 Berlin  
V.i.S.d.P. Dr. Christine Kahlen  
Redaktionell verantwortlich: Christina Sasch  
Telefax: 030-18 615-5208  
E-Mail: [newsletter-energiewende@bmwi.bund.de](mailto:newsletter-energiewende@bmwi.bund.de)

### **Redaktion**

Hirschen Group GmbH  
Schlesische Straße 26  
10997 Berlin

### **Bildnachweise**

Siehe Quellenvermerke am Bild  
bzw. am Artikelende

### **Stand**

Juli 2014